



Der AK Wohnen lud ein zur 3. Podiumsdiskussion am 29. Januar 2019 unter dem Titel „Wohnungspolitik ist Teil der Daseinsvorsorge!“



Eingeladen hatte die Vorsitzende des Arbeitskreises Wohnen Ingeborg Gotthold. (Begrüßungsrede)

Es moderierte Dr. Andreas Splanemann, Pressesprecher *ver.di* LBZ Berlin-Brandenburg.

Die Gäste waren:

- 1) Dr. Michail Nelken, Die Linke, Sprecher für Bauen und Wohnen
- 2) Katrin Schmidberger, Bündnis 90 / Die Grünen, Sprecherin für Wohnen und Mieten
- 3) Ülker Radziwill, SPD, Vorsitzende der Ausschusses für Stadtentwicklung und Wohnen



zu 1) Michail Nelken

Die dramatische Entwicklung der Mietpreise verdeutlicht die Bedeutung der öffentlichen Hand und des entschlossenen Handelns der Politik für eine soziale Wohnraumversorgung. Dabei spielen Neubau und Erhalt von Sozialwohnungen eine zentrale Rolle. Die von Rot-Rot-Grün in Angriff genommene grundlegende Reform des alten sozialen Wohnungsbaus zur Sicherung von Mietpreis- und Belegungsbindungen ist hierfür ein ebenso wichtiger Beitrag wie die Neugestaltung und Ausweitung des geförderten Wohnungsneubaus. Daneben müssen alle Instrumente des besonderen Städtebaurechts konsequent eingesetzt werden, um die Mietexplosion im Wohnungsbestand zu stoppen. Das betrifft insbesondere die Festsetzung sozialer Erhaltungsgebiete, in denen Milieuschutz, das Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen sowie das Vorkaufsrecht für die öffentliche Hand Anwendung finden. Seine Aussage: Wer über Wohnen redet, muss in großen Zeiträumen denken. Die Wohnungsbestände der Wohnungsgesellschaften müssen unbedingt erhöht werden, durch Neubau und die Ankauf.



Zu 2) Katrin Schmidberger

Unser Ziel ist eine soziale Wohnungspolitik, die sich den Interessen der Menschen in dieser Stadt verpflichtet fühlt – und nicht dem maximalen Profit von Investoren oder der privaten Immobilienwirtschaft. Wir wollen die Berliner Mischung und die Vielfalt in den Kiezen erhalten und haben dazu mit Rot-Rot-Grün schon viel geliefert – so zum Beispiel:

- 🕒 Schutz von Wohnungen durch ein schärferes Zweckentfremdungsverbotsgesetz,
- 🕒 Einschränkung der Spekulation mit Baugenehmigungen durch Änderung der Bauordnung,
- 🕒 Mietpreisdämpfung bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften,
- 🕒 30-Prozent-Pflicht für sozialen Wohnungsbau bei Investoren,
- 🕒 Abschaffung von rückwirkenden Mieterhöhungen im sozialen Wohnungsbau, Finanzierung der offenen Mieterberatungen in den Bezirken, Verstärkung der Neubauförderung und
- 🕒 Bundesratsinitiativen für verbesserten Kündigungsschutz und eine echte Mietpreislöscher.

Frau Schmiedberger regte an auch über andere Baumaterialien wie z.B. Holz zu reden. Der Baustoff Sand ist heute schon knapp und teuer. Andere Länder machen es vor. Es kann viel vorgefertigt werden und die Bauzeit ist wesentlich kürzen.



Zu 3) Ülker Radziwill

Die SPD steht für eine soziale Wohnungspolitik: Übergeordnetes Ziel ist es, bezahlbare Mieten für alle Menschen in unserer Stadt zu sichern. Dieses soll auch durch die Erstellung eines Stadtentwicklungsplanes Wohnen befördert werden. Berlin ist eine soziale Stadt: Menschen unterschiedlicher Herkunft, Einstellungen und Einkommen leben gerne in ihrem Kiez zusammen. Wir wollen nicht, dass die Menschen durch steigende Mieten gezwungen sind, umzuziehen. Dazu machen wir eine nachhaltige Wohnungs- und Mietpolitik: Ökologische Modernisierung, aber auch soziale Integration und Partizipation gehören dazu. Wir wollen, dass Menschen mit unterschiedlichen Einkommen überall in Berlin wohnen, leben und arbeiten können. Die SPD will Wohnqualität steigern und Mietsteigerungen dämpfen.

Wir unterstützen den Ansatz, für die Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmieten im Mietspiegel den Zeitraum von 4 auf 10 Jahre zu verlängern. Das ist aber Bundesrecht. Und auch wenn die Gemeinnützigkeit für Wohnen nicht mehr existiert, darf Wohnen nicht nur dem Markt unterliegen.

Die Besucher*innen hatten die Möglichkeiten an die Politiker Fragen zu stellen: z.B.

- Wie sichert die Landesregierung, dass die Kooperationsvereinbarung des Senats mit den Wohnungsbaugesellschaften dauerhaft Bestand hat (Aus der Verordnung ein Gesetz machen)
- Wie die Wohnungsbaugenossenschaften für Wohnungsneubau mit Bauland unterstützt werden?
- Wie wird mit der Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ umgegangen?
- Wie steht die Landesregierung zum Vorschlag eine Mietobergrenze für Berlin, für Teilgebiete, für festzulegen?

Fragen, auf die wir auf der 4. Podiumsdiskussion in 2020 konkrete Antworten erwarten.

Am Ende der Veranstaltung stimmten alle mit den roten und grünen Klarten ab:



Grün, die Politik ist auf einem guten Weg.

Rot dafür, dass die Aktivitäten noch nicht reichen.

Zusammengestellt von Heidi Smolarz

Fotos: Herbert Schadewald